

Viechtacher Anzeiger

Bad Köttinger Nachrichten · Zeitung für den Altlandkreis Viechtach

Nummer 116

Bernhardin von Siena, Elfriede – Freitag, 20. Mai 2022 – Samuel Hebich

1,80€ / B 78703

LOKALES

Unfallserie auf der B85:
Vier Zusammenstöße
in zwei Stunden **23**

REGIONALES

Gutachten im
Totschlag-Prozess:
Täter seit Jahren krank **10**

DIE SEITE DREI

Ukrainische Olympionikin
auf der Flucht: Annas
bislang härtester Kampf

WIRTSCHAFT

Weiterhin kaum Frauen
in den Top-Etagen von
Familienunternehmen **7**

SPORT

Eishockey-WM:
Deutschland gewinnt
gegen Dänemark **39**

Pässe: Behörden wegen Nachfrage überlastet

Landshut/Straubing. (cuk) Drei Monate warten, um einen Termin zur Verlängerung des Kinderreisepasses zu ergattern? Ostbayerns Behörden bekommen die erhöhte Nachfrage der Bürger zu spüren. „Verglichen mit dem Vorjahreszeitraum sind die Zahlen um rund das Fünffache gestiegen“, sagt Johannes Viertböck von der Pressestelle der Stadt Landshut. Es gibt aber auch viele Anträge für Erwachsenenpässe und -ausweise. „Im März 2022 haben wir so viele Ausweise und Pässe ausgestellt, wie seit 30 Jahren nicht mehr.“ ▶ Seite 10

Tausende feiern Ankunft von Eintracht Frankfurt

Frankfurt. Die zigtausenden enthusiastischen Fans von Eintracht Frankfurt sind bei wolkenbruchartigen Regenfällen auf eine harte Geduldssprobe gestellt worden. Auf dem Weg vom Flughafen zum Römerberg hatten viele Anhänger und Schaulustige das Fortkommen des Autokorsos mit den Eurohelden verzögert. Einen Tag zuvor hatte der Fußball-Bundesligist das Finale der Europa-League in Sevilla mit 5:4 im Elfmeterschießen gewonnen. Seitdem herrschte in der Mainmetropole Ausnahmezustand. ▶ Seite 35



Eintracht Frankfurts Trainer Oliver Glasner (l.) und Kapitän Sebastian Rode präsentieren den Europa-League-Pokal. Foto: HMB-Media/imagio



Gericht billigt Pflege-Impfpflicht

Karlsruhe. (dpa) Die einrichtungsbezogene Impfpflicht etwa für Kliniken und Altenheime stimmt mit der Verfassung überein. Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts wies am Donnerstag dagegen gerichtete Verfassungsbeschwerden zurück. Der Eingriff in Grundrechte des Personals sei gerechtfertigt. Der Gesetzgeber habe einen angemessenen Ausgleich zwischen dem Schutz gefährdeter Menschen vor einer Infektion und den Grundrechtsbeeinträchtigungen für Dritte gefunden.

▶ Seite 4/Kommentar Seite 2
Archivfoto: Moritz Frankenberg/dpa

Schröder verliert Sonderrechte

Bundestag straft Ex-Bundeskanzler ab – Ausstattung mit Büro und Mitarbeitern gestrichen

Berlin. (dpa) Der Bundestag hat dem SPD-Politiker Gerhard Schröder einen Teil seiner Sonderrechte als früherer Bundeskanzler entzogen. Der Haushaltsausschuss beschloss am Donnerstag die Abwicklung seines Büros, wie die dpa aus Ausschusskreisen erfuhr.

Das Ausschussvotum für einen entsprechenden Antrag der Ampel-Koalition ist der vorläufige Höhepunkt der Ächtung Schröders wegen seiner anhaltenden Verbindungen zu Russland – auch wenn die Streichung des Büros aus rechtlichen Gründen gar nicht mit Schröders Russland- und Putin-Beziehungen begründet wird. Schröders verbliebenes Büropersonal soll anderweitige Aufgaben übernehmen. Mehrere Mitarbeiter hatten ihre

Posten bereits aufgegeben. Für Personalausgaben in Schröders Büro waren 2021 mehr als 400.000 Euro aus der Staatskasse geflossen. Anrecht auf ein Ruhegehalt und auf Personenschutz hat der frühere Kanzler aber weiterhin.

Alimentierung künftig nicht mehr statusbezogen

Die Union hätte dem SPD-Politiker am liebsten auch sein Ruhegehalt gestrichen. Sie warf Schröder unter anderem vor, dem internationalen Ansehen Deutschlands zu schaden. Die SPD hatte es zuvor mit Eigentumsansprüchen begründet, dass das Ruhegehalt unangetastet bleibt. Ihre Parlamentarische Geschäftsführerin Katja Mast richtete den Blick ihrerseits auch auf das

frühere Vorgehen der Union. Sie erinnerte an das Ausscheiden von Helmut Kohl als Bundeskanzler und die damalige CDU-Partei-spendenaffäre. Sie hätte sich gefreut, wenn die Union damals mehr Mut gezeigt hätte, sagte Mast. Die Ampel-Koalitionäre begründeten die Streichung von Schröders Privilegien nicht mit dessen Haltung zu Russland und Putin. Das soll sie weniger angreifbar machen. Die Ausstattung ehemaliger Kanzler soll künftig „nach den fortwirkenden Verpflich-



Gerhard Schröder Archivfoto: Christoph Soeder/dpa

tungen aus dem Amt“ erfolgen – „und nicht statusbezogen“. Die Alimentierung wird davon abhängig, ob die früheren Top-Politiker tatsächlich noch Aufgaben übernehmen, also etwa Schirmherrschaften haben und Reden halten.

Vor dem Beschluss des Haushaltsausschusses hatte sich das Europaparlament für EU-Sanktionen gegen den Altkanzler ausgesprochen. Der Schritt dürfte den Druck auf die zuständige EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) und den Außenbeauftragten Josep Borrell erhöhen, einen Vorschlag für die Aufnahme Schröders auf die EU-Sanktionsliste vorzulegen. Sollte dieser angenommen werden, könnten in der EU vorhandene Vermögenswerte Schröders eingefroren werden. ▶ Kommentar Seite 2

Für mehr Sicherheit im Landkreis

Neue Kreiseinsatzzentrale Landkreis Regen im Feuerwehrhaus Zwiesel

Landkreis Regen. (hob) Für noch mehr Sicherheit im Landkreis soll eine neue Kreiseinsatzzentrale sorgen. Sie ist im Landkreisteil des Gemeinschaftsfeuerwehrhauses in Zwiesel integriert und besteht aus Technikraum, Funk- und Einsatzleiterraum, Besprechungsraum, Lager- und Sanitäräumen.

Momentan arbeiten die Feuerwehren im Landkreis daran, eine feste Personalstruktur zu etablieren. Immer zwei Feuerwehrlere werden hier im Einsatz sein und bei Notfällen Einsätze der Rettungskräfte koordinieren. Federführend sind die Kreisbrandmeister Heinrich Mühlbauer und Alexander Iglhaut, wie Kreisbrandrat Hermann Keilhofer betont. Letzterer müsse sich um die Finanzierung kümmern, doch Landrätin Rita Röhl habe „immer ein offenes Ohr für die Feuerwehr“. Die Kreiseinsatzzentrale soll die Integrierte Leitstelle in Straubing entlasten.



Im Funkraum: KBM Alexander Iglhaut (v.li.), KBM Heinrich Mühlbauer und KBR Hermann Keilhofer. Foto: Alexander Iglhaut

„Es handelt sich um eine reine Ergänzung“, erklärt Keilhofer, vor allem im Rahmen zeitunkritischer Einsätze, etwa vieler vollgelaufener Keller nach einem Hochwasser im

Landkreis. Die Einsätze werden dann hier im Landkreis koordiniert. Losgehen soll es erst nach einer Testphase, im Herbst soll es laut Keilhofer so weit sein. ▶ Seite 23

Milliardenzuschuss zum 9-Euro-Ticket

Berlin. (dpa) Der Bundestag hat den Weg für das geplante 9-Euro-Ticket freigemacht, das den Menschen drei Monate lang stark verbilligte Bus- und Bahnfahrten ermöglichen soll. Das Gesetz, das am späten Donnerstagabend mit den Stimmen der Ampel-Koalition und der Linken verabschiedet wurde, regelt die Finanzierung des Vorhabens durch den Bund. Der geplante Zuschuss von 2,5 Milliarden Euro geht einigen Ländern allerdings nicht weit genug, weshalb die ebenfalls notwendige Zustimmung des Bundesrats am Freitag noch offen ist.

Nach den Plänen von SPD, Grünen und FDP gibt es im Juni, Juli und August Monatskarten zum Preis von neun Euro, mit denen man deutschlandweit alle Busse und Bahnen im Nah- und Regionalverkehr nutzen kann. Die Einnahmeausfälle sollen durch den Bund ausgeglichen werden. Das Vorhaben ist Teil des Entlastungspakets, mit dem die Koalition auf stark gestiegene Energiepreise reagiert. ▶ Seite 4

WETTER

Heute



30 | 15

Morgen



25 | 16

Ausführliches Wetter ▶ Seite 34

Rätsel ▶ Seite 34

TV-Programm ▶ Seite 42

Kindernachrichten ▶ Seite 33

Internet: www.idowa.de

Anzeigenservice • 09942/948890



Vertriebsservice • 09421/940 6400